



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 24. September 2013

P135324

Interpellation Nr. 63 Joël Thüring betreffend Auswirkungen für den Kanton Basel-Stadt bei Annahme der 1:12 Initiative und Haltung des Regierungsrates; schriftliche Beantwortung

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Die Volksinitiative „1:12 – Für gerechte Löhne“ verlangt, dass niemand in einem Jahr weniger verdient als der bestbezahlte Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat. Dazu soll in der Verfassung ein Artikel verankert werden, gemäss dem in einem Unternehmen der höchste bezahlte Lohn nicht höher sein darf als das Zwölfwache des tiefsten Lohns. Mit ihrer Forderung wollen die Initiantinnen und Initianten die Löhne der Top-Manager begrenzen, zur Anhebung der Tiefstlöhne beitragen sowie für eine bessere Verteilung der Lohnsumme zwischen den Beschäftigten sorgen und auf diese Weise gesamtschweizerisch eine Verringerung der Lohnungleichheit erreichen. Zudem soll dem Volk ein Instrument an die Hand gegeben werden, um die Spielregeln in der Lohnpolitik festzulegen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat für das Grundanliegen, welches hinter der Initiativforderung steht, Verständnis, erachtet die Initiative aber als ungeeignetes Instrument.

